

Kaum zu verkraften
 Privathaushalte leiden gleich dreifach unter den drastisch gestiegenen Preisen: als Konsumenten, Steuerzahler und als Sparer

3,1%
 11/2007

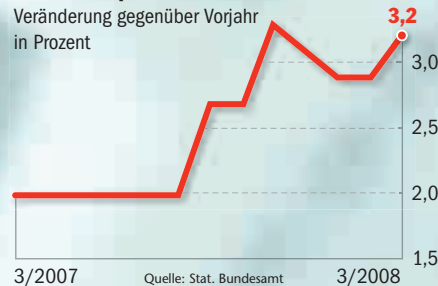
Preissteigerungsrate pro Jahr im Euro-Raum
 in Prozent

1,7%
 8/2007

Quelle: Eurostat

INFLATION IN DEUTSCHLAND

Verbraucherpreise in Deutschland
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Gleiche Richtung

Die Preise im Inland stiegen kaum schwächer als im Euro-Raum



1974 VIEL VERLANGT, VIEL BEKOMMEN

Trotz kippenden Konjunktur: Vor 34 Jahren forderte die Gewerkschaft ÖTV unter ihrem Chef Heinz Kluncker 15 Prozent Lohnerhöhung – und bekam am Ende 11 Prozent. Danach begann die Rezession

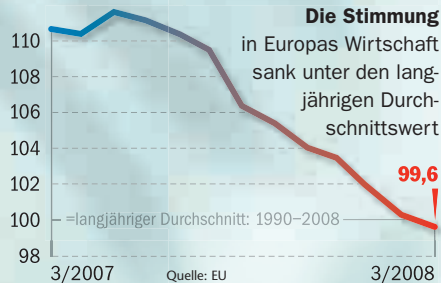
Turboschub für die Inflation

Die Preise für Öl, Gas und Nahrungsmittel sind hoch wie nie. Jetzt beschleunigen kostspielige Tarifabschlüsse die Geldentwertung zusätzlich

3,5%
3/2008

KONJUNKTUR-SORGEN

Wirtschaftsstimmung im Euro-Raum
Index, saisonbereinigt



Philine Gaffron aus Hamburg ist Inflationsgewinnerin: Die 38-Jährige Verkehrsforscherin an der TU Harburg entschied sich 2002 dafür, ihr Geld nicht anzulegen, sondern „lieber eine Eigentumswohnung“ zu kaufen – und sich den Rest von der Bank zu leihen. Ihr Loft im Hamburger Schanzenviertel gewann seitdem gut zwölf Prozent an Wert. Gleichzeitig stieg ihr Gehalt – mindestens um die Inflation, während ihre monatlichen Tilgungsraten an die Bank konstant blieben. Sie muss nun also nur noch einen geringeren Teil ihres Einkommens dafür ausgeben, den Immobilienkredit abzubezahlen.

Philine Gaffron ist aber auch eine Inflationsverliererin – als Konsumentin. Wie Millionen andere leidet sie unter den drastisch gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Energie. Offiziell weist die EU für März bereits 3,5 Prozent Inflation aus – der höchste Wert seit fast 16 Jahren.

Die erste Welle der Inflation erfasste die Industrierohstoffe: Öl, Stahl und Gold. Danach waren die Grundprodukte der Ernährung dran: Weizen, Milch, Kakao – und trieben die Preise für Brot, Nudeln, Butter, Joghurt, Schokolade und Bier in die Höhe.

Nun droht die dritte Phase der Inflation: Nach den erstreikten üppigen Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst wird der Staat mehr Geld für seine Leistungen verlangen: Müllabfuhr, Schwimmbäder, Straßenbahn oder Kindertagesstätten. Überall müssen sich die Bürger auf höhere Gebühren und Abgaben einstellen. Manche Städte und Gemeinden haben den tieferen Griff in die Taschen ihrer Einwohner sogar unmittelbar nach der Tarifeinigung angekündigt.

Zum Beispiel Lüneburg: Dort müssen Eltern für die Kindertagesstätten in diesem und im kommenden Jahr jeweils vier Prozent mehr bezahlen. Braunschweig will den Preis für Abwasser und Müllabfuhr erhöhen. Andere Städte wie Frankfurt am Main oder Kassel versuchen sich zwar vorerst noch mit Einspa-

A BIS Z: DAS KANN TEUER WERDEN!

Der Tarifabschluss kostet die Städte und Gemeinden bis zu

9,5 Mrd. Euro.

Die Kommunen werden ihre steigenden Personalausgaben durch höhere Gebühren und Abgaben ausgleichen. Massiv teurer werden können etwa:

- Abwassergebühren
- Bibliotheken
- Bestattungsgebühren
- Erschließung (Strom, Gas, Wasser)
- Gewerbe-/Grundsteuer
- Müllabfuhr
- Musikschulen
- Parklizenzen/-gebühren
- Schwimmbäder
- Straßenreinigung
- Theaterkarten
- Volkshochschulkurse
- Wasserpreise
- Zweitwohnungsteuer



2008 ÜPPIGER ABSCHLUSS

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di (Nachfolger der ÖTV) setzte gerade mehr als acht Prozent Lohnzuwachs durch – für alle Angestellten von Bund, Städten und Gemeinden

Gewinner

SIE PROFITIEREN VON DER INFLATION

Wer bei drastisch steigenden Preisen nichts verlieren, sondern sogar etwas gewinnen will, sollte sich zum richtigen Zeitpunkt von seinem Geld trennen.



Solides Fundament Wer sein Haus langfristig mit festen Zinsen finanziert, profitiert von der Geldentwertung

- Die Eigentümer von Sachwerten**
 Verliert der Euro stark an Wert, profitieren alle, die sich werthaltige Dinge angeschafft haben. Hierzu zählen Immobilien in guten Lagen (Betongold), aber auch echtes Gold. Zum Krisengewinner wird, wer auf Vorrat Güter erwirbt, die später gefragt sind und schnell im Preis steigen (in der Inflation der 30er-Jahre waren das z. B. Rohstoffe u. Lebensmittelkonserven).
- Die Schuldner**
 Wer vor Kurzem eine Immobilie oder ein Auto auf Kredit erworben hat, profitiert doppelt: Er hat noch zu den günstigen Preisen eingekauft, zahlt seine Schulden aber erst später mit „schlechtem“, also entwertetem Geld zurück.
- Der Staat**
 Steigen die Einkommen, steigt die Steuerbelastung noch stärker – man rutscht in eine höhere Steuerklasse (kalte Progression).

Verlierer

SIE LEIDEN UNTER DER INFLATION

Büßt der Euro an Wert ein, schrumpfen Kaufkraft oder Vermögen all jener, die Geld bar und auf Konten besitzen oder in fester Höhe beziehen.



Teure Produkte
 Preise und Mehrwertsteuer sind gestiegen – das verdirbt vielen Kunden die Kauflust

- Die Sparer**
 Liegt der Zinssatz des angelegten Kapitals unter der Inflationsrate, verliert ihr Geld Jahr für Jahr an Wert. Steigen als Folge der Inflation die Zinsen, bekommen Anleger, die zu festem Zins abgeschlossen haben, erst wieder bessere Konditionen, wenn sie neu investieren.
- Die Geringverdiener, Rentner, Hilfeempfänger**
 Ein Großteil ihres Einkommens fließt in Nahrungsmittel und Energie – hier steigen die Preise derzeit besonders stark.
- Die Konsumenten**
 Die Preissteigerung trifft sie doppelt: Als Steuerzahler büßen sie wegen der Progression (s. o.) für ein höheres Gehalt mit noch höheren Steuersätzen. Als Verbraucher zahlen sie, wenn die Produkte teurer werden, stets auch mehr indirekte Steuern (Mehrwert-/Mineralöl-/Ökosteuern).

rungen zu behelfen. Längerfristig rechnen aber auch sie damit, die höheren Lohnkosten auf die Einwohner abzuwälzen. Viele von ihnen werden die von der Gewerkschaft Ver.di erstrittenen Lohnprozente aber erst 2009 auf ihrem Gebührenbescheid wiederfinden. „Der Gebührenrahmen für 2008 steht, daran können wir im laufenden Jahr nichts ändern“, erklärt die Stadt Essen ihre Abfallgebühren. „Der Bürger genießt schließlich Vertrauensschutz.“

Schon in diesem Jahr werden aber noch weitere Millionen Arbeitnehmer über höhere Gehälter verhandeln – weil sie einen Ausgleich für die gestiegenen Preise fordern. Ihr Vorbild: die 1,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die vergangene Woche 8,9 Prozent (innerhalb von zwei Jahren) durchgesetzt haben. Schon verlangen auch die Beamten den Tarifabschluss der angestellten Kollegen für sich. Außerdem verhandeln Chemiebranche, Post, Krankenhausärzte und ab Herbst die mächtigen Metaller um kräftige Gehaltssprünge. Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank: „Der öffentliche Dienst wird jetzt alle Löhne nach oben ziehen.“

Experten warnen bereits vor einer „Lohn-Preis-Spirale“ – und all ihren Gefahren für die Konjunktur. Hagen Lesch, Arbeitsmarktexperte des unternehmensnahen Instituts der deutschen Wirtschaft, erinnert die aktuelle Situation an die „Tarifpolitik aus den 70er-Jahren“. Damals hatte die Gewerkschaft ÖTV (heute: Ver.di) unter ihrem Boss Heinz Kluncker 15 Prozent mehr Lohn gefordert, obwohl die Konjunktur bereits kippte. Satte elf Prozent plus kamen am Ende heraus – und Deutschland schlitterte 1975 in eine Rezession.

Zwar lief die deutsche Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahren so gut wie schon lange nicht mehr. Doch schon schlägt der Preisauftrieb durch: Als Folge der „kräftigen Teuerungsschübe bei Energie und Nahrungsmitteln“ sei der private Konsum spürbar zurückgefallen, schreibt die Deutsche Bundesbank im aktuellen Monatsbericht.

Bundesbank-Präsident Axel Weber sorgt sich bereits öffentlich über die hohen Preise: Eine Teuerungsrate über zwei Prozent sei auf längere Sicht nicht akzeptabel. Der oberste deutsche Banker, der im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Stabilität des Euro wacht, weiß: Inflationsraten von mehr als zwei Prozent will die EZB mit allen Mitteln verhindern. Das wichtigste Instrument wäre, die Leitzinsen anzuheben. Tun die Währungshüter das jedoch, werden auch die Kredite an Firmen und Verbraucher teurer – sie investieren oder kaufen dann weniger. Die Standardtherapie gegen Geldwertverlust funktioniert auch aus einem anderen Grund nicht: Wenn die EZB ihren Leitzins erhöht, verliert der US-Dollar noch stär- ▶

Für beständigen
unternehmerischen
Erfolg braucht man

VERTRAUEN

Sie am besten auf die Leistung
im Doppelpack: die Beratung
durch Ihren Steuerberater und
Unternehmenssoftware von
DATEV.

Auf Ihren Steuerberater können Sie sich in jeder
Situation verlassen. Er kennt Ihr Unternehmen
genau. Mit allen Zahlen und Abläufen. Und er
weiß, mit welcher Unternehmenssoftware Sie
die Herausforderungen erfolgreich meistern.
Auch bei aktuellen steuerlichen Themen ist er
immer auf dem neuesten Stand. Informieren
Sie sich – auch über DATEV-Software für Waren-
wirtschaft, Rechnungswesen, Personalwirt-
schaft und Office-Management – bei Ihrem
Steuerberater oder unter der Telefonnummer
0800 1001116.

www.datev.de/unternehmensloesungen

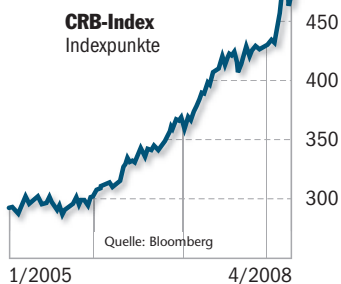


Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Zocker-Ziele Spekulanten treiben Preise für Rohstoffe (Öl, Metalle, Nahrungsmittel)

MESSLATTE



Indikator Der CRB-Index umfasst landwirtschaftliche Produkte, Energie u. Metalle

ker an Wert gegenüber dem Euro. Die europäische Einheitswährung hat sich aber schon jetzt auf fast 1,60 Dollar verteuert – und damit auch europäische Waren im Dollar-Raum.

Dabei haben Europas Konsumenten noch Glück im Unglück. Sie profitieren davon, dass der Euro so stark ist: Da Rohöl auf dem Weltmarkt vor allem in Dollar gekauft wird, mildert der schwache Kurs der US-Währung den Spritpreisanstieg erheblich. Bei Euro-Dollar-Kursen früherer Jahre müssten deutsche Autofahrer aktuell statt 1,40 Euro bis zu 1,90 Euro pro Liter an der Zapfsäule hinlegen.

Trotz des vor Kraft strotzenden Euro stiegen die Preise für Importwaren wie Öl, Getreide und Metalle aber um 5,9 Prozent – und damit noch stärker als die Preise innerhalb der EU (3,5 Prozent). Einer der Gründe für diese „importierte Inflation“ ist die galoppierende Teuerung in vielen aufstrebenden Ländern. In Russland etwa sprang die Rate der Geldentwertung von 7,6 Prozent im Februar 2007 auf 12,7 Prozent ein Jahr später, in China von 2,7 auf 8,7 Prozent.

Gerade China treibt die Preise weiter. Unternehmen, die dort und in anderen Schwellenländern produzieren, müssen höhere Löhne zahlen. Chinesische Firmen verlangen schon jetzt für Spielzeug, Kleidung und Sportarti-

kel 25 Prozent mehr – so ein Bericht des US-Magazins „Business Week“. Deutsche Konsumenten sollten sich also darauf einstellen, dass sie für Turnschuhe, Textilien oder Computer bald deutlich mehr ausgeben müssen. Bisher drückten die günstigen Produkte aus Schwellenländern die Inflationsraten in den Industriestaaten – jetzt dürften sie die Teuerung sogar anfachen.

Wie auch die Preispolitik der scheinbar so günstigen Discounter: Nach Zahlen des Wirtschaftsinformationsdienstes „Preiszeiger“ erhöhte Aldi Süd zwischen August 2007 und Januar 2008 bei knapp 380 Produkten die Preise, Lidl bei 530, und die Tengelmann-Tochter Plus kommt sogar auf fast 1200 Artikel.

Niemand darf freilich den heftigsten Preistreiber vergessen: Das ist der Staat. Neben allen Gebühren und Abgaben schoss die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Der Staat kassiert hier gleich mehrfach – wie beim Sprit: Er zapft nicht nur Mineral- und Ökosteuer ab, sondern zusätzlich die (erhöhte) Mehrwertsteuer auf die bereits bezahlten Steuern.

Kein Wunder, dass alle über höhere Kosten stöhnen – nur einer nicht: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). Man könnte sogar sagen, dass er steigende Preise liebt: „Der Staat ist Inflationsgewinner“, sagt der ▶

Inflations-Anlagen

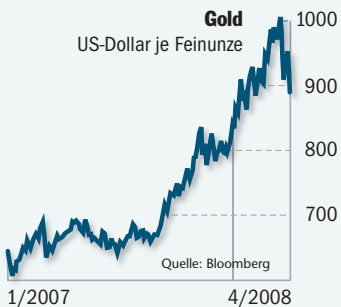


INFLATION FRISST RENDITE – WIE CLEVERE ANLEGER KONTERN

Klassiker wie Gold und Rohstoffe gewinnen an Wert, wenn die Teuerung anzieht. Vorsicht: Investoren sollten aber nur einen Teil ihres Geldes in diese Produkte stecken – und etwas Geduld mitbringen.

Mode Anleger entdeckten den Krisen-Klassiker neu

AUFWÄRTS MIT PAUSE



Rückschlag Zuletzt nahmen Spekulanten bei Gold Gewinne mit

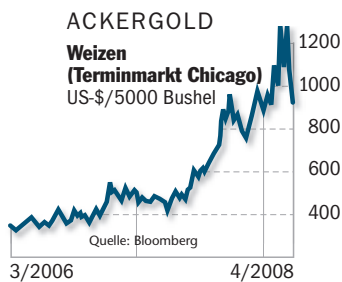
- Preiswert am Goldboom verdienen**
Das gelbe Metall wird immer wertvoller – der Krisen-Klassiker legte seit 1999 (250 Dollar/Feinunze) bis auf fast 1000 Dollar zu. Goldliebhaber aus Asien und der Golfregion kaufen massiv, aber auch Anleger in Europa und den USA. Außerdem gewinnt Gold immer, wenn der Dollar fällt und die Inflationsangst zunimmt. Anleger dürfen sich aber nicht darauf verlassen, dass der Preis stetig klettert, sondern müssen heftige Schwankungen einkalkulieren, wenn Spekulanten aussteigen. Besonders günstig lässt sich Gold über eine (zinslose) Anleihe der Deutschen Börse kaufen: Sie ist nach Gewicht gestückelt (grammweise). Wer will, kann sich das Gold ausliefern lassen (ISIN DE000A0S9GB0, Preis 18,30 Euro).
- Zinsen vor Inflation schützen**
Wer – anders als bei Gold – laufende Erträge erzielen möchte, kauft die soliden, inflationsgesicherten Bundesanleihen. Bei diesen Papieren steigen Zin-

sen und Tilgung um die jährliche Inflation. Der Haken: Die Sparer bekommen nur einen sehr niedrigen Basissatz von 1,5 Prozent (ISIN DE0001030500, Laufzeit 15.4.2016).

- Von steigenden Rohstoffpreisen profitieren**
Ein einfaches Zertifikat beteiligt Anleger am Boom der weichen Waren – wie Baumwolle oder Weizen –, aber auch von Edelmetallen und Industriemetallen sowie Energierohstoffen. Das CRB-Indexzertifikat der Bank Société Générale steigt und fällt parallel zum bekannten Rohstoffindex CRB (ISIN DE000SG2CRB5, Preis 36,90 Euro, Laufzeit unbegrenzt).
- Die Knappheit der Agrarprodukte ausnutzen**
Wer an den nach oben schießenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte teilhaben möchte, kauft das unbegrenzt laufende Zertifikat auf den DWS Agriculture Index. In dem Papier der Deutsche-Bank-Tochter stecken nur Agrarprodukte wie etwa Weizen und Soja (ISIN DE000DWSOGL1, Preis 75,50 Euro).



**DAS BLAUE
WUNDER**



Indikator Der Weizenpreis beeinflusst viele Nahrungsmittel

Finanzwissenschaftler Volker Stern vom Karl-Bräuer-Institut (KBI) des Bundes der Steuerzahler. „Er bekommt mit jeder Preiserhöhung mehr Mehrwertsteuer. Und weil mit jeder Gehaltserhöhung auch der persönliche Steuersatz steigt, kann der Fiskus zudem noch mit heimlichen Steuererhöhungen Kasse machen.“ Diese sogenannte kalte Progression hat zur Folge, dass die Gehaltserhöhung netto deutlich geringer ausfällt als brutto. Steinbrücks Experten nennen diese Gelddruckmaschine ihres Ministers intern „Lohnsteuer-Elastizität“. Ak-

tuell bedeutet sie: Steigen die Einkommen der Arbeitnehmer um fünf Prozent, erhöht sich die Steuerbelastung um 8,5 Prozent.

Deshalb relativiert sich auch für Philine Gafron aus Hamburg die Freude über ihr Btongold Eigentumswohnung: „Wenn ich am Monatsende auf mein Konto blicke, ist trotzdem weniger übrig als früher“, ärgert sich die 38-Jährige. ■

K. BEHREND/S. FRANK/A. KÖRNER/J. SCHUSTER/
B. SIEDENBURG/F. THEWES/O. WILKE

INTERVIEW

„Mehr Transparenz bei den Flugkosten“

Thierry Antinori, Passage-Vorstand der Lufthansa, erklärt steigende Ticketpreise.



THIERRY ANTINORI, 46

- **Der Preismacher** bestimmt als Bereichsvorstand Marketing und Vertrieb auch die Ticketkosten der Lufthansa.
- **Als Kostenkönig** kürzte er Reisebüros die Provision, führte einen Ticketzuschlag ein und verlangt jetzt eine neue Systemgebühr.



Kranich-Aufschlag Lufthansa-Tickets verteuern sich

FOCUS: Herr Antinori, im Juli steigen schon wieder die Flugpreise, weil die Lufthansa die Kosten für die Computerreservierungssysteme in Höhe von 200 Millionen Euro jährlich auf die Reisebüros und Kunden abwälzen will. Musste das sein?

Antinori: Wir wälzen keine Kosten auf Kunden ab, sondern wir setzen uns für effizientere Vertriebsstrukturen ein, wie es sie in vielen anderen Branchen gibt. Deshalb haben wir bereits vor drei Jahren angekündigt, dass die Kosten für die Reservierungssysteme zu hoch sind und wir diesen Kostenblock halbieren wollen. Ab Juli führen wir ein neues Programm ein, das den Reisebüros zwar weiterhin Zugriff auf alle unsere Tarife im System ermöglicht, sie sich dafür aber mit 4,90 Euro pro gebuchter Flugstrecke an den Kosten beteiligen müssen. Die Offenlegung dieser Kosten schafft für alle mehr Transparenz darüber, wo neben dem eigentlichen Flug – für den wir uns klar in der Pflicht sehen – außer Flughafen- und Sicherheitsgebühren noch weitere versteckte Kosten entstehen.

FOCUS: Reisebüros haben angekündigt, die Kosten an Kunden weitergeben zu wollen. Die Rede ist von zehn bis 20 Euro Aufschlag pro Lufthansa-Ticket...

Antinori: ... aber ich bezweifle, dass es tatsächlich zu einer solchen Preissteigerung auf breiter Front kommt. Für unser gesamtes Firmengeschäft haben wir errechnet, dass die Erhöhung bei einer vollständigen Überwälzung der Kosten durch die Reisebüros gerade einmal 0,9 Prozent für dieses Jahr und 1,8 Prozent im Folgejahr beträgt. Ich halte das für tragbar. Für Privatreisende ändert sich an den Preisen gar nichts, wenn sie über unsere Website www.lufthansa.com buchen.

FOCUS: Erst erhöhten Sie den Kerosinzuschlag auf bis zu 77 Euro pro Strecke und jetzt auch noch diese neuen Systemgebühren. Wann kommen wieder gute Nachrichten von der Flugpreisfront?

Antinori: Bei einem Ölpreis von über 100 Dollar je Barrel mussten wir reagieren. Ich bin mir sicher, das verstehen unsere Kunden wie auch unsere Haltung bei den Reservierungssystemkosten. Und was gute Nachrichten anbelangt: Unsere Better-fly-Angebote innerhalb Europas für 99 Euro wird der Kunde über unsere Website weiterhin buchen können. Zwischen zehn und 20 Prozent aller Tickets bieten wir so besonders günstig an – und das nicht wie bei einigen Wettbewerbern nur als Lockangebot oder zu obskuren Tageszeiten mit vielen Zusatzkosten im Kleingedruckten.

FOCUS: Sie fliegen einen Rekordgewinn von 1,7 Milliarden Euro ein und öffnen dennoch das Fass um lächerliche fünf Euro Systemgebühren. Bei einem Ölpreis von 100 Dollar erhöhen Sie den Kerosinzuschlag, obwohl Lufthansa sich den Treibstoff bei Preisen von 80 Dollar gesichert hatte. Dazu beschuldigen die Kartellbehörden die Lufthansa, auf Japan-Flügen seit Jahren durch illegale Absprachen mit All Nippon Airways überhöhte Preise zu verlangen. Wie passt das zu einer nachvollziehbaren Preispolitik?

Antinori: Es ist wichtig, dass wir an der Effizienz unserer Strukturen arbeiten. Gleichzeitig sind wir in unserer Preisgestaltung sehr klar und transparent, sowohl bei den Vertriebskosten als auch beim Kerosin. Deutschland hat ein Interesse an einer starken und profitablen Lufthansa. Nur so können wir expandieren, in Europa mit 170 Destinationen das dichteste Netz aller Airlines anbieten und neue Strecken eröffnen. Wir haben für die nächsten fünf Jahre 170 neue Flugzeuge zum Listenpreis von 14 Milliarden Euro bestellt, davon 60 Maschinen für Interkontinentalstrecken. Das kann man sich nur leisten, wenn man sich alle Kosten genau ansieht. ■

INTERVIEW: MATTHIAS KOWALSKI